



Projektgebiet	Westafrika
Projektländer	Ghana - Benin - Burkina Faso - Togo
Quartal / Jahr :	Juli bis September 2010

Westafrika

Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung der Projektregion

- Unabhängigkeitsfeiern für afrikanische Staaten in Paris und Washington
- Jahrestag der Millenniumserklärung
- African Growth and Opportunity Act (Agoa)
- Handel mit gefährlichen Industrieabfällen
- Ständige Erdölkatastrophe im Nigerdelta
- Atomreaktoren der neuen Generation für Afrika
- Mo-Ibrahim-Stiftung – Preisvergabe

Anlässlich des französischen Nationalfeiertags (14. Juli) sowie des 50. Jahrestages ihrer Unabhängigkeit nahmen, auf Einladung Frankreichs, zwölf frankofone afrikanische Staatsoberhäupter mit je einem ihrer Truppenkontingente an der traditionellen Militärparade auf den Pariser Champs Élysées teil. Staatspräsident Nicolas Sarkozy informierte bei dieser Gelegenheit seine afrikanischen Gäste über den am Vortag im Ministerrat gefassten Beschluss, die Pensionen der ehemaligen, so genannten „senegalesischen Schützen“ (u.a. auch aus Benin und Burkina Faso), die bis 1960 in der französischen Armee gedient hatten, mit denen ihrer französischen Kollegen gleichzustellen. Von dieser seit langem geforderten Aufwertung sollen, nach offiziellen Angaben, lediglich nur noch rund 30.000 Personen profitieren.

Der amerikanische Staatspräsident, Barack Obama, lud, Anfang August, aus dem gleichen Anlass (Unabhängigkeitsfeiern) rund 120 junge Leader, jeweils Vertreter der Zivilgesellschaft und des öffentlichen Dienstes, aus 46 afrikanischen Ländern zu einem Forum in Washington ein, um mit ihnen die Entwicklung des afrikanischen Kontinents zu besprechen sowie mögliche Vernetzungen für dauerhafte Partnerschaften zu initiieren. Mit dieser Veranstaltung blieb Obama, wie Beobachter bemerkten, seiner Rede von Accra (Juli 2009) treu, in der er das Gewicht auf die Verwirklichung von Demokratie und ‚good governance‘ gelegt und die Verantwortung der kommenden Generation herausgestellt hatte.

Die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen (s. auch Ghana) wird zehn Jahre alt, Anlass, um Bilanz zu ziehen. In Bezug auf einige der darin enthaltenen Ziele aus acht großen Entwicklungsbereichen, wie z. B. Armutsminderung und Zugang zu Trinkwasser, sollen bereits gute Fortschritte erzielt worden sein, während andere, wie die Forderung nach Grundschulbesuch für alle Kinder sowie die Verminderung der Kindersterblichkeit, weniger gut abschnitten. Daher wurde nun dafür plädiert, dass sich sowohl Geber- als auch Entwicklungsländer stärker für die Umsetzung der bis 2015 zu erreichenden Ziele einsetzen müssten.

In diesem Zusammenhang teilten das ‚Overseas Development Institute‘ und die ‚United Nations Millennium Campaign‘ mit, dass die Hälfte der insgesamt 20 Länder, die die meisten Fortschritte im Hinblick auf das Erreichen der Ziele gemacht hätten, sich unter den ärmsten

Ländern Afrikas befänden. Weiter sei die Hälfte der afrikanischen Länder auf gutem Weg, bis 2015 die Armut um die Hälfte zu mindern.

Im September wurde der, ebenfalls im Jahr 2000, von dem damaligen amerikanischen Staatspräsidenten Bill Clinton, eingerichtete ‚African Growth and Opportunity Act‘ (Agoa), ein Abkommen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums afrikanischer Staaten, evaluiert. Dieser ermöglicht es über 40 Subsahara-Staaten, eine Reihe ihrer Produkte zollfrei in die Vereinigten Staaten einzuführen, was zu einer Steigerung der entsprechenden Importe in den Jahren von 2001 bis 2008 von 20,5 auf 81,5 Mrd. \$ führte. Dem Abkommen, das bereits dreimal verlängert wurde und im Jahr 2015 beendet werden soll, liegen u.a. Kriterien wie freie Marktwirtschaft und verantwortungsvolle Regierungsführung (good governance) zugrunde. Nun soll es auch auf nicht afrikanische Länder erweitert werden, wobei einige bislang geltende Zulassungsbedingungen in Frage gestellt oder neu diskutiert werden sollen. Ghana könnte davon möglicherweise betroffen sein.

Nach der im Jahr 2006 in der Elfenbeinküste verursachten Umweltkatastrophe (giftige Industrieabfälle wurden auf offenen Müllkippen in Abidjan abgeladen) wurde ein Alarmsystem installiert, über das nun die Häfen an der westafrikanischen Küste über die Absicht eines unter dänischer Flagge fahrenden Schiffes, seine für Nigeria bestimmte Ladung (Industrie- und Elektronikabfälle) in einem der dortigen Häfen (u.a. Togo) zu löschen, informiert wurden. Der Handel mit Industrie- und Elektronikabfällen ist recht gewinnbringend, die darin enthaltenen Edelmetalle werden isoliert und weiterverkauft, die Reste auf wilde Abfallhalden gebracht, wo sie Umwelt und Menschen gefährden.

Eine weitere Umweltkatastrophe stellen, wie der deutschen Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ zu entnehmen ist, die im Nigerdelta, wo bereits seit ca. 50 Jahren Erdöl gefördert wird, verlegten, überalterten und teils morschen Pipelines, dar, aus denen ständig Erdöl auslaufen soll. Nach offiziellen Angaben habe es dort zwischen 1976 und 2001 insgesamt 6.800 Ölunfälle gegeben, ca. 2 Mrd. Liter Erdöl seien ausgelaufen. Für den dadurch entstandenen und weiter entstehenden Schaden fühle sich keiner verantwortlich.

Nach von der Wochenzeitung ‚Jeune Afrique‘ veröffentlichten Informationen könnte, nach Indien, auch der afrikanische Kontinent zu einem Experimentierfeld für mit Thorium betriebene Mikrokernreaktoren der neuen Generation werden. Die niederländische, u.a. im Energiesektor spezialisierte Firma ‚Ten Consortium‘ soll dem Land Togo einen entsprechenden Reaktor vorgeschlagen und auch Kontakt zu weiteren afrikanischen Staaten aufgenommen haben. Nach Informationen der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA), einer Organisation der Vereinten Nationen, die sich die weltweite Förderung der friedlichen Entwicklung der Kernenergie sowie die Verhinderung von militärischem Missbrauch zum Ziel gesetzt hat, werde bis zum heutigen Tag lediglich in Indien dieser Brennstoff erprobt, bislang sei noch keine Zentrale dieses Typs auf Industriefertigung entwickelt worden.

Weder in diesem noch im vergangenen Jahr vergab die nach dem britischen Unternehmer sudanesischer Herkunft Mo Ibrahim benannte Stiftung ihren Preis an einen afrikanischen Staats- oder Regierungschef, der seit höchstens drei Jahren nicht mehr im Amt ist und dieses rechtmäßig verlassen hat. Die von Kofi Anan geleitete Jury wollte sich für keinen der vier nominierten Staatsoberhäupter, darunter auch der ehemalige ghanaische Staatschef John Kufuor, der in seinen letzten Amtsjahren die Korruption nicht genügend bekämpft haben soll, entscheiden. Die bereits zweite fehlende Preisvergabe wurde mit den höchst anspruchsvollen Kriterien der Stiftung begründet, der dafür vorgesehene Betrag (je 5 Mio. \$ über 10 Jahre) soll für die Finanzierung von Studienstipendien zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Meldungen zu den einzelnen Projektländern

Ghana

Nach den Ende August im Distrikt Atiwa, Eastern Region, durchgeführten Wahlen behielt die Regierungspartei NDC mit 116 Sitzen weiter die Mehrheit im Parlament, gefolgt von der Oppositionspartei NPP mit 107 Sitzen, weitere Parteien und Unabhängige sind mit insgesamt 7 Sitzen vertreten.

Die Oppositionspartei NPP bestimmte Anfang August den 66-jährigen Rechtsanwalt Nana Akufo-Addo zu ihrem Kandidaten bei den nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2012.

Altpräsident Jerry Rawlings hielt sich Anfang Juli, auf Einladung des togoischen Staatspräsidenten Faure Gnassingbé, zwei Tage in dem Nachbarland auf, wo er Gespräche mit Regierungsmitgliedern und Politikern führte. Zur gleichen Zeit nahm John Kufuor, als Vertreter des Klubs von Madrid, einer Vereinigung ehemaliger, demokratisch gewählter Staatschefs, in Südkorea an einer Vorbereitungssitzung für den G 20-Gipfel teil.

Ebenfalls Anfang Juli legte Bundeskanzlerin Angela Merkel, auf ihrem Weg nach Südafrika, in Ghana einen kurzen Zwischenstopp ein und traf am Flughafen mit Justizministerin Betty Mould Idrissu zusammen.

Außenminister Mohamed Mumuni vertrat sein Land bei der Eröffnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen Mitte September in New York, die zum Hauptthema die Erreichung der Millenniumsziele (siehe oben) hatte. In seiner Ansprache forderte er insbesondere die Geberländer auf, ihr Versprechen, 0,7% ihres BSP für Entwicklungshilfe bereitzustellen, einzulösen.

Nach Angaben eines britischen ‚think-thank‘ soll Ghana, zusammen mit Vietnam, weltweit die besten Ergebnisse bei der Erfüllung der Millenniumsziele erreicht haben. Dabei sei Ghana insbesondere bei der Armutsminderung erfolgreich gewesen, die Armut habe in den Jahren von 1990 bis 2004 von 34% auf 9% gesenkt werden können. Wie die ‚Business and Financial Times‘ Mitte Juli mitteilte, habe Ghana für die Erreichung der Millenniumsziele 41,8 Mio. € und in den Jahren 2009 bis 2014 insgesamt 179 Mio. € für die Armutsreduzierung erhalten.

Die ghanaische ‚National Development Planning Commission‘ erklärte dazu, dass das Land auf dem besten Weg sei, die beiden ersten Millenniumsziele, die Reduzierung der Armut und den Besuch der Grundschule für alle Kinder bis 2015 zu erreichen, allerdings werden zwei weitere Ziele, die Reduzierung der Kindersterblichkeit und die Verbesserung der Gesundheit von Müttern, voraussichtlich nicht termingerecht erreicht werden können.

Die Inflationsrate, seit Mai unter 10% (niedrigster Stand seit April 2006), ging in der Berichtsperiode weiter zurück und erreichte 9,46% im Juli und 9,44% im August. Die Regierung führt diese positive Tendenz auf ihre, seit dem Amtsantritt von John Atta Mills, vorsichtige Wirtschaftspolitik zurück. Allerdings soll die einheimische Währung, der Cedi, seine inflationären Tendenzen weiter beibehalten und innerhalb von sieben Wochen 0,7% gegenüber dem US\$ verloren haben.

Nach Informationen der ‚Ghana Living Standards‘ zur Beschäftigungslage im Land soll die Arbeitslosigkeit rund 6,5% betragen, dies sind 2,65 Mio. arbeitsfähige Personen. Die Agentur teilte weiter mit, dass zu ihren wichtigsten Anliegen der Schutz der im informellen Sektor Beschäftigten sowie die Unterbeschäftigung von Jugendlichen gehörten, letztere habe in einigen Jahren immerhin von 17,3% auf 5,8% gesenkt werden können.

Die ‚Ghana National Petroleum Company‘ teilte mit, dass bereits 85% der vorgesehenen unterseeischen Installationen realisiert werden konnten, mit dem angekündigten Beginn der Erdölförderung im November dieses Jahres könne also weiter gerechnet werden. Vizepräsident John Mahama erklärte in diesem Zusammenhang, dass alle wichtigen, sowohl europäischen als auch afrikanischen, Erdöl fördernden Länder (u.a. Großbritannien, Norwegen, Nigeria und Gabun) konsultiert worden seien, um dem Sektor in Ghana zum Erfolg zu verhelfen.

Wie weiter mitgeteilt wurde sollen, im Vergleich zum Vorjahr, die Einnahmen aus dem Bergbausektor um 26,5%, aus der Diamantenförderung sogar um 300% gestiegen sein.

In der ersten Jahreshälfte seien, nach Auskunft von ‚Business Week‘, die Exporte des Landes in die USA, im Rahmen des Agoa-Abkommens (siehe oben), im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres, um 128% gestiegen und machten 147,47 Mio. \$ im laufenden Jahr (2010) aus. Die Importe aus den USA nach Ghana hätten in der gleichen Zeit um 53% zugenommen.

Nach Mitteilung des staatlichen Cocobod könnte das Land Ghana innerhalb von vier Jahren seine Kaffeeproduktion von 1.260 Tonnen (2010/11) auf rund 3.000 Tonnen verdoppeln. Das Finanzministerium soll einer Anfrage auf Finanzierung eines entsprechenden Vorhabens zugestimmt haben.

Wie jedes Jahr in den Monaten August/September kam es, aufgrund starker Regenfälle, in den nördlichen Regionen des Landes zu Überschwemmungen (siehe auch Burkina Faso). In der Region ‚Upper East‘ trat der Weiße Volta über die Ufer, nahezu 30 Dörfer waren betroffen. Die Öffnung des Staudamms von Bagré (Burkina Faso) Mitte September verursachte in Ghana die Zerstörung von ca. 800 Behausungen, über 10.000 Personen mussten evakuiert werden. Die europäische Kommission stellte dem Land Ende August rund 41.000 € für die Opfer der Überschwemmungen zur Verfügung.

Anfang September fand in Accra ein Forum über eine ‚grüne Revolution in Afrika‘ statt, an dem über 800 Personen teilnahmen. Ziel der von Kofi Anan, derzeit Vorsitzender der ‚Allianz für eine grüne Revolution in Afrika‘, mitinitiierten Veranstaltung war u.a. Finanzierungen zur Bekämpfung der Erderwärmung zu finden, die bis zum Jahre 2050 die landwirtschaftlichen Erträge des Kontinents um 20 bis 30% reduzieren könnte. Allerdings sei, nach Presseberichten, auch Ziel der Konferenz gewesen, neben u.a. Pestiziden gentechnisch manipuliertes Saatgut auf dem Kontinent einführen zu wollen, insbesondere im Interesse der amerikanischen Firma Monsanto (siehe Burkina Faso).

Benin

Anfang Juli, nur ca. einen Monat nach der letzten Regierungsumbildung, wurde der Innenminister, Armand Zinzindohoué, seines Amtes enthoben und durch Martial Souton, Stellvertreter eines Parlamentsabgeordneten, ersetzt. Hintergrund ist eine Angelegenheit illegaler Geldgeschäfte, wobei insbesondere eine (von insgesamt über 70) als Nichtregierungsorganisation registrierte Vereinigung (ICC-Services), die 2006 zunächst mit Aktivitäten im sozialen Bereich begonnen hatte und sich dann auf illegale Kapitalanlage nach dem Prinzip der ‚Ponzi-Pyramide‘ verlegte, eine Rolle spielte und mit dem Versprechen hoher Zinsen (bis zu 200% sollen in Aussicht gestellt worden sein) kleine aber auch größere Anleger werben konnte. Der Regierung wird vorgeworfen, nicht auf die bereits seit dem letzten Jahr vorgebrachten Warnungen der Westafrikanischen Zentralbank (BCEAO) reagiert zu haben, Zinzindohoué soll vor allem die Implantierung der NRO im Land begünstigt haben. Das System brach nun zusammen, bei den getätigten Anlagen soll es um nahezu 100 Mrd. F CFA

(rund 152,45 Mio. €) gehen. Eine offizielle Untersuchungskommission unter Leitung von Staatsminister Pascal Koupaki wurde eingesetzt, der betroffenen Bevölkerung von offizieller Seite eine wenigstens teilweise Entschädigung zugesichert.

Die Opposition reagierte u.a. mit einer recht scharfen Erklärung ihres designierten Präsidentschaftskandidaten, Adrien Houngbedji, der der Regierung vorwarf, ihrer Aufgabe, den Bürger und dessen Eigentum zu schützen, nicht nachgekommen zu sein. Der Staatspräsident wurde der Komplizenschaft bezichtigt und aufgefordert, den Schaden aus der eigenen Tasche zurückzuzahlen.

In der gleichen Angelegenheit gab am Vorabend des Nationalfeiertags (1. August) eine Gruppe von 50 Abgeordneten (sowohl aus der Opposition als auch dem Regierungslager) offiziell ihre Absicht bekannt, ein Misstrauensvotum gegen Staatspräsident Yayi Boni einzubringen. In einem Schreiben an den Parlamentspräsidenten forderten sie diesen auf, Boni Yayi vor den Obersten Gerichtshof zu laden. Da die erforderliche Mehrheit (56 Unterschriften) nicht erreicht wurde, kam es schließlich nicht dazu, allerdings reichte die entsprechende Berichterstattung in den Medien aus, die Stellung des Staatspräsidenten, insbesondere in Erwartung der nächsten Präsidentschaftswahlen (März 2011), weiter zu schwächen. Einige Tage später war der französische Nachrichtensender RFI, der eine interaktive Sendung zum gleichen Thema angekündigt hatte, für einige Stunden landesweit nicht zu empfangen. Wie Regierungssprecher Azannaï dazu erklärte, habe sich die Regierung gezwungen gesehen, diese ‚konservatorische Maßnahme‘, bei der es sich immerhin um eine Einschränkung der Pressefreiheit handelte, zu ergreifen.

An den offiziellen Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit des Landes am 1. August nahmen zehn afrikanische Staatschefs (u.a. aus Burkina Faso, Senegal, Côte d'Ivoire) teil, Frankreich war durch seinen Innenminister Brice Hortefeux vertreten. Die beninischen Altpräsidenten Emile Derlin Zinsou (1968-1969), Mathieu Kerekou (1972-91/1996-2006) und Nicéphore Soglo (1991-96, derzeit Bürgermeister von Cotonou) repräsentierten einen Teil der jüngeren Geschichte des Landes.

Einer der möglichen Kandidaten für die nächsten Präsidentschaftswahlen, Abdoulaye Bio Tchane, 57 Jahre alt, zunächst (1998) Wirtschafts- und Finanzminister, dann sechs Jahre lang Afrikadirektor beim Internationalen Währungsfonds, gegenwärtig Gouverneur der Westafrikanischen Entwicklungsbank (BOAD), erklärte in einem Interview Ende Juli gegenüber der Wochenzeitung „Jeune Afrique“ sich, falls die Umstände ihn zu einer Kandidatur für das höchste Staatsamt verpflichten sollten, „nicht entziehen zu wollen“.

Der Staatshaushalt des Landes für das laufende Jahr (2010) zeige, ebenfalls nach Aussagen von „Jeune Afrique“, die heikle ökonomische Situation des Landes auf. Von ursprünglich 1.250 Mrd. F CFA (rund 1,9 Mrd. €) seien die öffentlichen Ausgaben auf 876 Mrd. F CFA (1,3 Mrd. €), die Investitionen um die Hälfte, auf 161 Mrd. F CFA (245 Mio. €) reduziert worden, was, nach einem relativ ausgabenfreudigen Vorjahr (2009), einen starken Einschnitt darstelle. Hinzu komme der Rückgang des Umschlags im Hafen von Cotonou und der damit verbundenen Zolleinnahmen, die die Hälfte der Staatseinnahmen des Landes ausmachten, sowie ein starker Rückgang (von 480.000 Tonnen 2004 auf 150.000 heute) der Baumwollproduktion aufgrund der äußerst problematischen Situation der Branche. Weiter soll der illegale Schmuggel von Erdölprodukten von Nigeria nach Benin dem Land einen jährlichen Verlust an Steuereinnahmen in Höhe von über 23 Mio. € einbringen.

Wie Staatsminister Pascal Koupaki erklärte, sei das Budgetdefizit von 3,5% des BSP (2008) auf 7,3% (2009) gestiegen, die Wachstumsquote habe sich bei 2,7% gegenüber 5% im Vorjahr etabliert, wobei 7% allgemein als notwendig angesehen werden, um die Armut merklich zu reduzieren (Bio Tchane).

Trotzdem habe die Regierung durchaus auch Erfolge zu verbuchen, wozu mit Sicherheit die Kostenfreistellung für den Besuch der Grundschule und vor allem die Vergabe von Mikrokrediten an Frauen gehören. Über dieses subventionierte Programm, das zu einem großen Teil aus den Abgaben des seit Jahren florierenden Imports von Gebrauchtkfz finanziert wird, sollen, offiziellen Angaben zufolge, seit 2006 über 50 Mrd. F CFA (76,23 Mio. €) an Krediten vergeben worden sein.

Weiter sei es gelungen, die Getreideproduktion zu steigern. Nachdem im Jahr 2008 Saatgut und Dünger kostenfrei abgegeben wurden, im Folgejahr (2009) auf Kredit, habe, zwei Jahre nach den großen Preissteigerungen, die Nahrungsmittelsicherheit mit einer Rekordgetreideernte von 1,2 Mio. Tonnen Mais im laufenden Jahr wesentlich verbessert werden können.

Cotonou, die wirtschaftliche Hauptstadt des Landes, zu einem großen Teil auf Schwemmland zwischen Meer und Lagune und unter dem Meeresspiegel gelegen, zählt heute nahezu 1 Mio. Bewohner gegenüber nur ca. 100.000 vor fünfzig Jahren. Im Osten trägt das Meer bis zu 2 Meter Küste pro Jahr ab, im Norden tritt in der Regenzeit, vor allem im Oktober/November, die Lagune über die Ufer. Die Sauber- und Instandhaltung der kleinen Kanäle, die das Regenwasser in die Lagune leiten sollen und stets mit Abfällen verstopft oder von Wasserhyazinthen überwuchert sind, könne, wie der stellvertretende Bürgermeister, Lehady Soglo, erklärte, nicht regelmäßig durchgeführt werden, da das Budget der Stadt, unter 10 Mrd. F CFA (ca. 15,3 Mio. €), kaum für das Nötigste reiche. Der Staat will nun, mit Hilfe bilateraler und internationaler Geberorganisationen ein auf über 300 Mrd. F CFA (457,4 Mio. €) geschätztes Vorhaben umsetzen und mehrere Kilometer Kanäle bauen, um die Stadt sauber zu halten.

Burkina Faso

Anfang Juni, anlässlich des dritten Jahrestags seiner Ernennung, erklärte Premierminister Tertius Zongo im Verlauf einer Pressekonferenz u.a., dass seine Regierung in den Schlüsselsektoren wie Gesundheit, Erziehung und Berufsbildung durchaus Erfolge habe verzeichnen und ein jährliches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich rund 4,5% habe erreicht werden können.

Burkina Faso, das im Jahr 2009 an 177. Stelle von insgesamt 182 Ländern auf dem Human Development Index stand, ist weiterhin stark von westlichen Geberländern abhängig. Die Wachstumsrate sank von 8,7% im Jahr 2005 auf 3,2 % 2009, während die Inflation im gleichen Zeitraum von 2,6% auf 5,4 % stieg. Wie die Opposition anführt, nimmt die Korruption gleichzeitig weiter zu, die allgemeine Lage habe sich in Bezug auf z.B. Zugang zu Bildung, Nahrung und medizinischer Versorgung kaum verbessert, die Kaufkraft nehme seit Jahren ständig ab, die Armut zu. Allerdings steht auf der positiven Seite die auch von der Opposition durchaus anerkannte aktive Diplomatie von Staatspräsident Blaise Compaoré, der als offizieller Schlichter in westafrikanischen Konflikten (Côte d'Ivoire, Togo und aktuell Guinea) hoch geschätzt ist.

In Vorbereitung auf die kommenden Präsidentschaftswahlen (1. Wahlgang am 21. November) bestimmte die Regierungspartei CDP, anlässlich eines außerordentlichen Kongresses, Blaise Compaoré einstimmig zum Präsidentschaftskandidaten und plädierte für die umstrittene Verfassungsänderung, um die Beschränkung der Amtszeiten (5 Jahre) des Staatspräsidenten auf zwei Perioden aufzuheben. Staatspräsident Blaise Compaoré, im Oktober 1987 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen, war 1991 offiziell gewählt und 1998 wiedergewählt worden. Im August 2005 kandidierte er, nachdem im Jahr 2002 durch eine Verfassungsänderung das Mandat des Präsidenten auf zwei Amtszeiten beschränkt worden war, erneut für das höchste Staatsamt. Da seine gegenwärtige Amtszeit, nach der Verfas-

sungsänderung, als die erste gilt, wäre die nun folgende – ohne Verfassungsänderung – seine zweite und letzte. Compaoré, 59 Jahre alt, ist seit insgesamt 22 Jahren an der Macht und zählt zu den Dienstältesten der Region. Die Verfassung kann durch ein Referendum oder die absolute Mehrheit der Parlamentsabgeordneten geändert werden. 90% der Abgeordneten sind derzeit Mitglied der Regierungspartei oder einer regierungstreuen Partei.

Anfang Juli ernannte Blaise Compaoré seinen Kabinettschef, Asimi Kouanda, zu seinem Wahlkampfleiter. Da der Gewinner der Wahlen im Grunde bereits feststeht, ist das Desinteresse der Bevölkerung daran offensichtlich. Anfang September hatten sich lediglich 3,3 Mio. Personen (Gesamtbevölkerung 15,2 Mio.) in das Wählerverzeichnis eingeschrieben.

In Sachen Goldproduktion besuchte der burkinische Bergbauminister Abdoukader Cissé Ende Juli London und Paris. Die Produktion des Edelmetalls soll von 2 Tonnen im Jahr 2005 auf 12,5 Tonnen im vergangenen Jahr (2009) gestiegen sein, eine Jahresproduktion von 20 Tonnen werde im laufenden Jahr erwartet. Der Bergbausektor, mit rund 6.000 Beschäftigten, soll dem Staat im vergangenen Jahr 22,8 Mio. € an direkten Einnahmen verschafft haben. Gold wurde inzwischen, noch vor Baumwolle, zum wichtigsten Exportprodukt des Landes.

Nachdem bereits seit längerem genmanipulierte Baumwolle auf burkinischen Versuchsfeldern angebaut wird, wurde Anfang Juli bekannt gegeben, dass man der amerikanischen Firma ‚Monsanto‘ die Genehmigung zur Erprobung neuer Arten genmanipulierter Baumwolle erteilt habe. Monsanto war im Vietnamkrieg durch das Entlaubungsmittel ‚Agent Orange‘ bekannt geworden und stellt genetisch verändertes Saatgut her, das es weltweit vertreibt. Burkina Faso ist der wichtigste Baumwollproduzent in Westafrika, 80% seiner Baumwollpflanzungen sollen mit genmanipulierter Baumwolle bepflanzt werden.

Die Internationale Ingenieurschule für Wasser und Umwelt (2iE) in Ouagadougou erreichte, durch ihre enge Orientierung am Arbeitsmarkt sowie, nach Einführung des LMD-Systems und einer im Jahr 2005 durchgeführten grundlegenden Reform, die Anerkennung ihrer Abschlussdiplome auf dem europäischen Markt und stellt damit durchaus eine Bastion gegen den ‚brain drain‘ dar. Von 220 Studenten im Jahre 2004 stieg deren Anzahl auf heute 870, zusammen mit finanziellen Partnern wie der Weltbank, der französischen Entwicklungsagentur ‚AFD‘ und freien Unternehmen hat die private Hochschule vor, eine Kapazität von 2.500 Studenten zu erreichen.

Die heftigen Regenfälle der Monate Juli und August führten zwar zu schweren Überschwemmungen im Zentrum und Osten des Landes, waren allerdings nicht so zerstörerisch wie die des letzten Jahres, durch die insbesondere in der Hauptstadt Ouagadougou, rund 150.000 Menschen obdachlos geworden waren. Den davon betroffenen Familien wurde zu Jahresbeginn ein Gelände bei Yagma, nördlich von Ouagadougou, zugeteilt, das zwischenzeitlich seitens Staat und Stadt erschlossen und in Parzellen aufgeteilt wurde, diese wurden wiederum den Familien als Eigentum übergeben, zusammen mit weiterer finanzieller und materieller (Baumaterial) Unterstützung.

Togo

Die seit den Präsidentschaftswahlen zu Jahresbeginn bestehende, offensichtliche Spaltung der Oppositionspartei UFC in zwei Flügel - einen um Jean-Pierre Fabre, bislang Generalsekretär der Partei, den anderen um Gilchrist Olympio, nationaler Vorsitzender, die nach dem Abkommen, das Gilchrist Olympio Ende Mai mit der Regierungspartei RPT geschlossen hatte, entstanden war, wurde Anfang August weiter verstärkt. Innerhalb weniger Tage führte jeder der beiden Flügel einen außerordentlichen Parteitag durch. Zunächst fand am 10. August, der der Fabre-Anhänger an einem geheim gehaltenen Ort in Lomé statt, nachdem die-

ser offiziell verboten worden war und mit Tränengas und Schlagstöcken bewaffnete Polizisten den Zugang zum Gebäude vereitelt hatten.

In einem Pressecommuniqué wurde die Absetzung von Gilchrist Olympio und die Einsetzung eines neuen nationalen Vorstandes von 68 Mitgliedern mit Jean-Pierre Fabre als erstem und Patrick Lawson als zweitem Vorsitzenden bekannt gegeben. Allerdings verweigerte das Ministerium für Territorialverwaltung die Annahme der auf dem Kongress gefassten Beschlüsse mit der Begründung, dass lediglich der Flügel um Olympio offiziell anerkannt sei. Ohne die offizielle Anerkennung der Entscheidungen des Kongresses ist dieser Teil der Partei nicht handlungsfähig.

Am 12. August fand dann, ebenfalls in Lomé, der außerordentliche Kongress des Parteiflügels um Gilchrist Olympio, unter dem Schutz offizieller Sicherheitskräfte, statt. Als Ehrengäste nahmen hochrangige Vertreter der Regierungspartei sowie des Parlaments teil, allerdings fehlten Vertreter togoischer Oppositionsparteien. Der Kongress bestätigte Gilchrist Olympio in seinem Amt als Parteivorsitzender, die Statuten wurden aktualisiert. Die Spaltung der Partei wurde bedauert, die Vorstandsmitglieder des abgespaltenen Flügels aus der Partei ausgeschlossen.

Seither werden die seit der Wiederwahl von Faure Gnassingbé regelmäßig organisierten wöchentlichen Treffen der Opposition (Mittwochsgebet, Samstags-Demonstration) von den Sicherheitskräften sehr viel stärker zu verhindern gesucht, auch unter Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken. So sollen, anlässlich einer Kundgebung des FRAC (Zusammenschluss von Oppositionsparteien, darunter der UFC-Fabre-Flügel) Anfang September, Jean-Pierre Fabre sowie einige seiner Begleiter verletzt und sein Fahrzeug beschädigt worden sein, als sie von Sicherheitskräften angegriffen wurden.

Die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (2007) mit den Geberorganisationen löste bei der Bevölkerung hohe Erwartungen aus. Nach Aussagen von Beobachtern, können diese nur durch einen wirtschaftlichen Aufschwung erfüllt werden, der vor allem durch eine Verbesserung im Unternehmensbereich der Wirtschaft des Landes erfolgen soll. Nach der ‚Doing Business‘-Rangliste der Weltbank (insgesamt 183 Länder) sank das Land Togo allerdings im laufenden Jahr (2010) vom 163. auf den 165. Platz. Bemühungen sind durchaus erkennbar, insbesondere wurden die administrativen Prozeduren zur Unternehmensgründung verringert, Steuererleichterungen für Unternehmen eingeführt.

Die wirtschaftliche Wiederbelebung war eines der Hauptversprechen des togoischen Staatspräsidenten anlässlich seiner Wiederwahl Anfang März. Allerdings begann seine zweite Amtszeit mit sozialen Unruhen, zum einen dem Streik der Transportgewerkschaften gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise, zum anderen der Gewerkschaften des Gesundheitssektors, die bessere Arbeitsbedingungen fordern. Nach Schätzung der Afrikanischen Entwicklungsbank (BAD) wird im laufenden Jahr mit einem BSP-Wachstum von 2,5 % gerechnet, nur 0,3% mehr als im vergangenen Jahr. Ein bescheidener Anstieg, der, wie der Wirtschafts- und Finanzminister erklärte, auf die Erhöhung der vom Staat geförderten Landwirtschaftsproduktion zurückzuführen sei. Im Jahr 2011 erhofft sich das Land ein Wachstum von 3,6%. Der Internationale Währungsfonds, der dem Land zu größeren Bemühungen bei der Sanierung der öffentlichen Finanzen rät, bewilligte im Juni eine Erhöhung der dem Land gewährten Gelder um nahezu 13 Mio. €, was das im Jahre 2008 abgeschlossene Dreijahreskreditprogramm auf insgesamt 16,7 Mio. € erhöht.

Die Europäische Union gewährte Togo ein Darlehen in Höhe von 12 Mio. € zur Abschwächung der Auswirkungen der Folgen der Wirtschaftskrise. Togo gehört zu den 19 AKP-Ländern, die im laufenden Jahr (2010) in diesem Zusammenhang Mittel in einer geschätzten Höhe von insgesamt 264 Mio. € erhalten sollen.

François Boko, Rechtsanwalt und ehemaliger togoischer Innenminister (2002-05), der seit einigen Jahren in Paris lebt, von wo aus er weiter eng mit der togoischen Opposition in Verbindung blieb, wurde nun mit der Leitung der europäischen Unterstützungsmission für die Justiz in Kamerun beauftragt. Es handelt sich dabei um ein Vorhaben mit dem Ziel, innerhalb von drei Jahren, die Leistungen der Verwaltungs- und Wirtschaftsgerichte des Landes zu erhöhen.

Ende August fanden mehrere Prozesse gegen in Togo erscheinende Zeitungen u.a. wegen Diffamierung, Verbreitung falscher Nachrichten und Beleidigungen gegenüber der Familie des Staatspräsidenten statt.

Der im Januar 2009 begonnene Bau eines Elektrizitätswerks in Lomé durch die amerikanische Firma ‚Contour Global‘ wurde Mitte Juli beendet. Mit Investitionen in Höhe von 144 Mio. € wird das E-Werk eine Endkapazität von 175 MW erreichen und damit den auf 110 bis 130 MW geschätzten Innenbedarf decken können. Nach dem mit der Firma geschlossenen Abkommen soll die Zentrale über 25 Jahre ihre Kapazitäten langsam ausbauen, um dann auch die Nachbarländer mit Strom beliefern zu können.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ

AUTOR: BRIGITTE MÄNTELE-ENWEANI

LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –

TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359

E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE

Erstellt am: 7. Oktober 2010